

08. Juli 2019

GEW-Protestaktion in Bad Mergentheim: „Damit es für Meer reicht – Sommerferien bezahlen!“

Landesregierung will 9.000 Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit schicken

GEW: Vertretungsreserve ausbauen – Saisonlehrkräfte in den Sommerferien bezahlen

Während sich Ende Juli 1,5 Millionen Schüler/innen in Baden-Württemberg über den Beginn der Sommerferien freuen, schickt die grün-schwarze Landesregierung 9.000 Lehrkräfte in die Arbeitslosigkeit. In Bad Mergentheim haben sich heute 30 Referendarinnen und Referendare unter dem Motto „Damit es für Meer reicht“ für eine Bezahlung ihrer Sommerferien stark gemacht.

„Die Steuereinnahmen sprudeln. Trotzdem zeigt sich die grün-schwarze Landesregierung in Zeiten des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalls als Arbeitgeber ohne Verantwortung. Welcher andere Arbeitgeber schickt den gefragten Nachwuchs nach der Ausbildung erst einmal in die Arbeitslosigkeit? Und die befristet beschäftigten Lehrerinnen und Lehrer für die Vertretungen sind für die Schulen der Rettungsanker. Sie halten unter oft schwierigen Bedingungen und schlechterer Bezahlung als ihre Kolleginnen und Kollegen den Unterrichtsbetrieb in Baden-Württemberg aufrecht. Die meisten Referendare und befristet Beschäftigten werden nach den Ferien wieder am Lehrerpult gebraucht, trotzdem schickt sie die Landesregierung in die Arbeitslosigkeit. Wir erwarten, dass diese Praxis noch dieses Jahr gestoppt wird“, sagte Jana Kolberg, Kreisvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg, am Montag (08.07.) in Bad Mergentheim.

Zum Ferienbeginn im Juli 2019 enden in Baden-Württemberg die Verträge von fast 4.000 befristet beschäftigten Pädagoginnen und Pädagogen, der große Teil hat nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld. Zusätzlich werden über 5.000 Referendarinnen und Referendare entlassen, obwohl die meisten ab September zum neuen Schuljahr wieder in den Klassenzimmern stehen. Die Bildungsgewerkschaft GEW setzt sich dafür ein, dem Beispiel von Rheinland-Pfalz zu folgen, das vergangenes Jahr beschlossen hat, ab 2019 die Saisonlehrer in den Ferien zu bezahlen.

Grüne und CDU hatten im Wahlkampf 2016 versprochen, diese Lehrkräfte wie in einigen anderen Bundesländern auch in den Sommerferien zu bezahlen. Die GEW berichtet, dass immer wieder Lehrkräfte in benachbarte Bundesländer oder die Schweiz wechseln, weil sie dort bessere Arbeitsbedingungen vorfinden. Dadurch wird sich der Lehrermangel in Baden-Württemberg voraussichtlich weiter verschärfen.

In Baden-Württemberg sind etwa 4.000 Lehrerinnen und Lehrer befristet angestellt. Diese „Saisonlehrer“ arbeiten in der Vertretungsreserve sowie in Vorbereitungsklassen (VKL) und in Klassen des Vorqualifizierungsjahrs Arbeit und Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO), in denen auch geflüchtete Kinder und Jugendliche unterrichtet werden. Für den überwiegenden Teil dieser Lehrkräfte enden die Arbeitsverträge am letzten Schultag. Noch 2008 lag die Zahl der befristet Beschäftigten bei 1.216.

Ausbauplan der Lehrerreserve 2013 gestoppt

„Offenbar hat in der Landesregierung niemand gemerkt, dass in den vergangenen Jahren tausende junge Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wurden: Wir haben zu unserer Freude viele Schwangerschaften und dementsprechend steigt der Vertretungsbedarf. Der dringend notwendige Ausbau der ständigen Vertretungsreserve wurde 2013 von der ehemaligen Landesregierung gestoppt“, sagte Silvia Bambusch, Kreisvorstand SHA. 2012 hatte Grün-Rot beschlossen, jedes Jahr 200 neue Stellen für die feste Vertretungsreserve zu schaffen.

Nur 1.666 Stellen für etwa 7.000 Ausfälle

Derzeit müssen 6.000 bis 7.000 der fast 120.000 Lehrkräfte dauerhaft vertreten werden. In der ständigen Lehrerreserve gibt es nur 1.666 Stellen. Zusätzlich wird es angesichts des Lehrermangels in vielen Bereichen immer schwieriger, durch befristet Beschäftigte die Lücken zu stopfen.

Weitere Informationen: www.gew-bw.de